Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1640

17. 03. 78

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Eyrich, Spranger, Broll, Dr. Laufs, Biechele, Dr. Jentsch (Wiesbaden), Schwarz, Dr. Miltner, Regenspurger, Dr. Langguth und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 8/1498 –

Unterwanderung politischer und gesellschaftlicher Organisationen durch die Bündnispolitik der orthodoxen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland

Der Bundesminister des Innern – ÖS 2 – 614 223 / 1 – hat mit Schreiben vom 15. März 1978 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Strategie, Taktik und Ziele der Bündnispolitik der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), wie sie u. a. im Programmentwurf dieser Partei und Äußerungen ihres Vorsitzenden dazu manifestiert werden, und ihrer Nebenorganisationen Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB) und Junge Pioniere/Sozialistische Kinderorganisation?

Es gehört zum klassischen Instrumentarium der kommunistischen Strategie und Taktik, Bündnisse und Aktionsgemeinschaften mit nichtkommunistischen Parteien und Organisationen einzugehen. Auf den taktischen Zweck der Bündnispolitik der Kommunisten, ihre Isolierung zu überwinden und zu einer „Massenbasis" zu gelangen, hat die Bundesregierung immer wieder, vor allem in den jährlichen Verfassungsschutzberichten, warnend aufmerksam gemacht.

Der strategische Zweck der Bündnispolitik ist die Förderung der kommunistischen Zielvorstellungen, deren Verfassungsfeindlichkeit die Bundesregierung wiederholt (s. insbesondere die Antwort vom 29. Oktober 1975 auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion – Drucksache 7/4231) dargetan hat.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Tel. 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 2008 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

2. Auf welche Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Vereinigungen, Organisationen und Personen richtet sich der Versuch der DKP und ihrer Nebenorganisationen, Aktionseinheiten und volksfrontartige Bündnisse zu erreichen, welche Methoden werden dabei angewandt, und welche Ziele werden damit verfolgt?

Auch zu dem mit dieser Frage angesprochenen Sachverhalt hat sich die Bundesregierung ausführlich wie in den Vorjahren im letzten Verfassungsschutzbericht geäußert. Der Bericht stellt die Bemühungen der DKP dar, ein breites Bündnis mit allen von ihr als „antimonopolistische Kräfte" bezeichneten Organisationen und Gruppierungen sowie mit nichtkommunistischen Kräften zum Zwecke der „Aktionseinheit der Arbeiterklasse" zu erreichen.

Auf welche gesellschaftlichen Organisationen die kommunistische Bündnispolitik im einzelnen gerichtet ist, hat die Bundesregierung im Abschnitt „Bündnispolitik" des Verfassungsschutzberichts 1976 (Seite 79 ff.) im einzelnen dargestellt.

Die Methode der Versuche, Partner für die Bündnispolitik zu gewinnen, besteht darin, daß die Kommunisten sich politische Forderungen zu eigen machen, die auch von Demokraten erhoben werden und die Aussicht auf eine gewisse öffentliche Resonanz haben, und diese Forderungen mit propagandistischem Aufwand vertreten. Auf diese Weise sollen auch Personengruppen und Organisationen, die für die eigentlichen politischen Zielvorstellungen der Kommunisten nicht ansprechbar wären, mindestens für Zweckbündnisse zur Erreichung solcher vordergründigen Ziele gewonnen werden.

Ihr langfristiges politisches Ziel: Herbeiführung der sozialistischen Revolution, oder – nach ihrem neueren, irreführenden Sprachgebrauch – „die grundlegende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland", verlieren die Kommunisten dabei nicht aus den Augen. Bündnisse sind für sie nur dann sinnvoll, wenn sie aus der Sicht der DKP geeignet sind, dieser langfristigen Zielsetzung zu dienen. Nach Möglichkeit soll ein bestimmender Einfluß der kommunistischen Kräfte im Bündnis gewährleistet sein, was durch die Besetzung von Schlüsselfunktionen in der jeweiligen Organisation oder Gruppierung erreicht werden soll, wobei die Repräsentation nach außen vielfach Nichtkommunisten überlassen wird.

3. Trifft es zu, daß die DKP, ihre Nebenorganisationen und die von der DKP beeinflußten Organisationen auch mit der von ihnen betriebenen Bündnispolitik verfassungsfeindliche Ziele verfolgen und daß diese Bündnispolitik ein wichtiger Faktor der von KPdSU und SED gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland und deren freiheitlicher demokratischer Grundordnung gerichteten politischen Subversion und Infiltration ist?

Wie in der Antwort zu Frage 1 bereits dargelegt wurde, betreiben die DKP und ihre Nebenorganisationen die Bündnispolitik letztlich in der Absicht, der Verwirklichung ihrer verfassungsfeindlichen Zielsetzung näherzukommen.

Sie folgen dabei, wie in allen übrigen Bereichen ihrer Politik, der von der KPdSU und der SED vorgegebenen strategischen und taktischen Linie.

4. Wie und in welchem Umfang wurde im Jahre 1977 kommunistische Bündnispolitik vor allem über nachstehende Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland betrieben:
„Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten" (VVN-BdA);
„Deutsche Friedens-Union" (DFU);
„Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" (KFAZ);
‚Arbeitsausschuß der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" einschließlich ihrer örtlichen Komitees und Initiativen';
„Sozialistischer Hochschulbund" (SHB);
„Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner" (DFG-VK);
„Vereinigte Deutsche Studentenschaften" (VDS);
„Vereinigung Demokratischer Juristen" (VDJ);
„Bund Demokratischer Wissenschaftler" (BdWi);
„Antiimperialistisches Solidaritätskomitee" (ASK);
„Demokratischer Kulturbund der Bundesrepublik Deutschland" (DKBD);
‚Werkkreis „Literatur der Arbeitswelt"'?

Bereits 1976 haben sich – worüber der Verfassungsschutzbericht Auskunft gibt – fast alle der in der Frage genannten Organisationen, allerdings in unterschiedlicher Intensität, auf Bündnisse bzw. gemeinsame Aktionen mit der DKP oder ihren Nebenorganisationen eingelassen. Die Bestandsaufnahme für das Jahr 1977 wird derzeit zum Abschluß gebracht und demnächst im Verfassungsschutzbericht 1977 dargestellt werden.

5. Welche Rolle spielen bei der Praktizierung kommunistischer Bündnispolitik in der Bundesrepublik Deutschland sogenannte kommunistische Frontorganisationen, wie Weltfriedensrat, Christliche Friedenskonferenz, Weltgewerkschaftsbund, Weltbund der demokratischen Jugend, Internationale Vereinigung demokratischer Juristen, Internationale Föderation der Widerstandskämpfer?

Die internationalen kommunistischen „Frontorganisationen" werden von der KPdSU gesteuert und haben aus ihrer Sicht international die gleichen Aufgaben wie im Bundesgebiet die „nationalen" kommunistischen Nebenorganisationen und kommunistisch beeinflußten Vereinigungen: Sie sollen auch nichtkommunistische Kreise für kommunistische Teil- und Nahziele mobilisieren. Dabei arbeiten sie eng mit nationalen kommunistischen Nebenorganisationen und kommunistisch beeinflußten Vereinigungen zusammen, die ihrerseits vielfach den internationalen „Frontorganisationen" angehören (z. B. die „Vereinigung Demokratischer Juristen" – VDJ –, der „Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen" – IVDJ –, die „Deutsche Friedensunion" – DFU –, dem „Weltfriedensrat" – WFR –).

6. Ist die Methode kommunistischer Bündnispolitik mit den folgenden Sätzen aus dem Buch „Sowjetmission in Finnland" (Schweizerisches Ostinstitut 1975) im wesentlichen zutreffend charakterisiert:
„Die kommunistische Partei muß die führende Rolle spielen, aber das bedeutet nicht, daß die Partei bei der Beschlußfassung selbstherrlich bestimmt, denn das würde die Ausdehnung der

Front sofort beeinträchtigen.
Das Beschlußrecht muß letzten Endes immer bei den Kommunisten bleiben. Das braucht jedoch nicht unbedingt zu bedeuten, daß die Kommunisten unbedingt eine Majorität in den beschlußfassenden Organen bilden sollen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß sich sowohl bei den linken Sozialisten als auch bei den Sozialdemokraten immer Genossen finden, die in wichtigen Fragen die von der KP vorgezeichnete Linie garantieren."

Das in der Frage angeführte Zitat stimmt dem Sinn nach, im Wortlaut aber nur teilweise mit den Ausführungen auf Seite 81 des Bandes 32 „Genosse X: Sowjetmission in Finnland" der Schriftenreihe „Tatsachen und Meinungen" des Schweizerischen Ostinstituts überein. Die Bundesregierung hat keinen Anlaß daran zu zweifeln, daß damit die kommunistische Bündnispolitik in Finnland zutreffend charakterisiert ist. Soweit die Fragesteller auf die Methoden kommunistischer Bündnispolitik in der Bundesrepublik Deutschland abheben wollen, wird auf die Ausführungen zu Frage 2 verwiesen.

7. Welche Erfolge hatte die kommunistische Bündnispolitik in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1977, und welche Einzelerkenntnisse kann die Bundesregierung unter Beachtung des notwendigen Schutzes der Nachrichtengewinnung über die in Verfassungsschutzberichten enthaltenen Angaben hinaus über Ergebnisse, Absichten und Ziele der von DKP, ihren Tochterorganisationen und der von ihr beeinflußten Organisationen betriebenen Bündnispolitik mitteilen?

Angaben zu dieser Frage wird der Verfassungsschutzbericht 1977 auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme für den Berichtszeitraum enthalten.

8. Was hat die Bundesregierung im Jahre 1977 unternommen, um den Personenkreis und die Organisationen, auf die sich die Bündnispolitik der DKP richtet und alle Deutschen vor den Gefahren von Infiltrations- und Subversionsversuchen zu warnen, und welche Ergebnisse haben die Warnungen und andere vorbeugende Maßnahmen gehabt?

Die Bundesregierung hat 1977, wie in den Vorjahren, auf die Bemühungen der DKP um Bündnisse und Aktionseinheit mit demokratischen Kräften, die damit verfolgte kommunistische Strategie sowie auf die dabei bevorzugten Aktionsfelder wiederholt hingewiesen, z. B. in den seit 1968 jährlich in steigender Auflage vorgelegten Verfassungsschutzberichten und in dem ebenfalls vom Bundesminister des Innern herausgegebenen, gezielt an einen großen Kreis geeigneter Multiplikatoren versandten Informationsdienst „Innere Sicherheit". Desgleichen wurden sowohl die allgemeine Öffentlichkeit als auch gezielt von Einflußversuchen betroffene Gruppen über die Bestrebungen kommunistischer Kräfte und dabei festgestellte Taktiken unterrichtet.

Weiterhin hat die Bundesregierung die durch parlamentarische Anfragen gebotenen Gelegenheiten genutzt, sich informierend zu diesen Sachverhalten zu äußern.

Darüber hinaus haben von der Bundesregierung eingerichtete Institutionen, wie die Bundeszentrale für politische Bildung und das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien 1977, wie in früheren Jahren in einer Vielzahl von Vortragsveranstaltungen und durch Publikationen in umfassender und fundierter Weise über kommunistische Ideologie und Strategien informiert. Die Bundesregierung hält diese Informationsarbeit für erfolgreich. Sie wird diese Arbeit fortsetzen.

Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß bei dieser Aufklärungsarbeit auch die entsprechenden Einrichtungen der Länder eine bedeutende Aufgabe haben.

9. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die von der DKP und ihren Nebenorganisationen betriebene Bündnispolitik auf Grund ihrer Einordnung in die gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtete kommunistische „Westpolitik" unabhängig von den davon betroffenen Zielgruppen und Zielpersonen auch ein Problem der „inneren Sicherheit" der Bundesrepublik Deutschland darstellt?

Die Bündnispolitik der DKP und ihrer Nebenorganisationen ist schon deshalb ein im Hinblick auf die innere Sicherheit zu berücksichtigender Faktor, weil sie – wie bereits vorstehend zu den Fragen 1, 2 und 3 ausgeführt – dazu beitragen soll, der Verwirklichung der verfassungsfeindlichen kommunistischen Zielsetzung näherzukommen.

Gerade deshalb werden die bündnispolitischen Bemühungen der DKP und ihrer Nebenorganisationen als Teil linksextremistischer Bestrebungen entsprechend dem gesetzlichen Auftrag von den zuständigen Sicherheitsorganen sorgfältig beobachtet.

